

Verwaltung digitalisieren

BIHK-Positionen zur Landtagswahl 2018

Auf einen Blick

Der systematische und flächendeckende Ausbau von digitalen Verwaltungsangeboten besitzt erhebliches Effizienzpotenzial für Wirtschaft und öffentliche Verwaltung: Unternehmen können dadurch 54 Prozent ihrer Kosten (eine Milliarde Euro pro Jahr) für Interaktionen mit Behörden sparen. Auch der administrative Aufwand in der Verwaltung selbst könnte um 59 Prozent (64 Millionen Stunden pro Jahr, entspricht 3,9 Milliarden Euro) reduziert werden.¹

Unternehmen haben durchschnittlich ca. 130 Kontakte pro Jahr zur öffentlichen Verwaltung, während der Bürger maximal fünf Mal im Jahr mit Behörden interagiert. Dessen ungeachtet richten sich die E-Government-Angebote noch immer primär an Bürger. Die Unternehmen hingegen werden nur punktuell berücksichtigt.

Damit der Freistaat bis zum Jahr 2022 tatsächlich „Spitze bei moderner und digitaler Verwaltung“ wird, sind aus Sicht der bayerischen Wirtschaft folgende Aspekte wichtig:

- Digitale Angebote für Unternehmen ausbauen
- Verwaltung durch mehr digitale Prozesse effizienter gestalten

Stimme der Wirtschaft



Der Alltag der meisten Unternehmen spielt sich digital ab. Warum ich als Unternehmer mit der Verwaltung nur in wenigen Verfahren digital interagieren kann, ist mir ein Rätsel. Da gibt es noch einiges zu tun.

Andreas Bensegger, Geschäftsführer Bensegger GmbH Rosenheim, Vorsitzender des IHK-Regionalausschusses Rosenheim

Digitale Angebote für Unternehmen ausbauen

Angebote für Unternehmen im Bayernportal erweitern

Bayern ist bundesweit ein Vorreiter in vielen E-Government-Vorhaben und bietet mit Angeboten wie GEWAN oder dem Bayernportal beispielhafte Lösungen. Das Bayernportal ist das richtige Instrument, um behördliche Informationen und Verfahren zentral auffinden und abwickeln zu können. Die Möglichkeiten für Unternehmen sind jedoch begrenzt. Während sich natürliche Personen im Bayernportal beispielsweise über einen Bürgerausweis eindeutig identifiziert anmelden und Verfahren orts- und zeitunabhängig abwickeln können, fehlt für Unternehmen ein entsprechendes Servicekonto mit Rechtssystem. Dies sollte zügig zur Verfügung stehen. Daneben sollten die in der „Top 100 Wirtschaft“-Studie des BMWi aufgeführten Verwaltungsleistungen schnell und konsequent digital ausgebaut werden.

Identifizierung für Unternehmen durch Organisationszertifikat ermöglichen

Aktuell gibt es für juristische Personen keine Möglichkeit zur eindeutigen Identifikation (Organisationszertifikat für Unternehmen). Stattdessen müssen Unternehmen aufwendig personenbezogene Zertifikate für digitale Verwaltungsprozesse organisieren und vorhalten. Um die Situation zu verbessern, könnte leicht auf bereits verfügbaren Lösungen aufgebaut werden: Das Authentifizierungsverfahren AUTHEGA ist bereits etabliert und bekannt. Um einheitlich agieren zu können, muss diese Zertifikatslösung bundesweiter Standard werden. Ebenso müssen die Möglichkeiten des eSiegel durch die eIDAS-Verordnung als EU-weiter Standard ernsthaft ausgeschöpft werden.

¹ Quelle: Nationaler Normenkontrollrat (2017): Mehr Leistung für Bürger und Unternehmen: Verwaltung digitalisieren. Register modernisieren

Forderungen



- Angebote im Bayernportal für Unternehmen ausbauen
- Servicekonten für Unternehmen zügig einführen
- Identifizierung für juristische Personen ermöglichen

72 %

der bayerischen Unternehmer wollen ihre Verwaltungsleistungen mit dem Staat und seinen Ämtern online erledigen können.

Quelle: DIHK-Unternehmensbarometer zur Bundestagswahl; Auswertung bayerische Unternehmen

Bundesweite Standardisierung vorantreiben

Die Geschäftstätigkeit von Unternehmen endet meist nicht an den Grenzen der eigenen Kommune oder des eigenen Bundeslands. Dabei treffen sie auf regional unterschiedliche Verwaltungsangebote und -verfahren. Dies generiert unnötige Mehraufwände. Die bayerische Landespolitik muss sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass der Flickenteppich auf kommunaler wie auf Landesebene, insbesondere bei den E-Government-Gesetzen der Länder, nicht weiterwächst. Dies kann durch den Ausbau von Basiskomponenten für Kommunen im Freistaat und die zügige Umsetzung der Interoperabilität von verschiedenen Verwaltungsportalen erreicht werden. Hierfür ist eine engere Abstimmung auf Bundes- und Länderebene geboten.

Verwaltung durch mehr digitale Prozesse effizienter gestalten

Datenaustausch automatisieren

Unternehmen müssen derzeit viel Zeit aufwenden, um immer wiederkehrende Meldepflichten z.B. als Arbeitgeber oder für statistische Zwecke in unterschiedlichsten Formen und Formaten zu melden. Es fehlt bislang oft die Möglichkeit, diese Meldungen an die öffentliche Verwaltung (teil-)automatisiert durchzuführen. Ziel muss es sein, dass Unternehmen Daten einmalig digital erheben (Once-only-Prinzip) und diese für verschiedene Verwaltungsverfahren verwendet werden. Hierzu müssen Wirtschaft und Verwaltung stärker digital verzahnt und einheitliche Standards etabliert werden. Ein vielversprechendes Instrument dafür ist P23R. Um damit effektiv Redundanzen abzubauen und Meldepflichten zu harmonisieren, muss der Standard allerdings in möglichst vielen Behörden genutzt werden.

Schnelligkeit und Effizienz durch zentrale Lösungen steigern: TöB-Server etablieren

Verwaltungsverfahren involvieren oft eine Vielzahl von zuständigen Stellen. Die Kommunikation zwischen diesen Stellen verläuft häufig unregelmäßig und über verschiedene Kanäle. Dies führt zu Medienbrüchen, Effizienzverlust und höherer Fehleranfälligkeit. Standards und zentrale Lösungen als Basiskomponenten können hier erheblich zu schnellerer und zuverlässigerer Verwaltungsleistung führen.

Ein Beispiel für den Bedarf einer zentralen Basiskomponente zeigt sich im Rahmen der Bauleitplanverfahren: Aktuell führen die Gemeinden ihre Bauleitplanverfahren in unterschiedlichen Beteiligungsformen und Datenformaten durch. Die Anhörung von Trägern öffentlicher Belange (TöB) erfolgt dabei auf unterschiedlichsten Kanälen via CD-ROMs, E-Mails und Weblinks sowie immer noch zu ca. 15 Prozent per Post. Die dabei entstehenden Medienbrüche führen zu Mehraufwand, Verzögerungen und höherer Fehleranfälligkeit. Das Resultat sind langwierige Bauleitplanverfahren.

Für zuverlässige und schnelle Bauleitplanverfahren sind standardisierte Prozesse sowie eine einheitliche, digitale Lösung mit zentralem Zugang und Archivierung der Planverfahren der Kommunen notwendig: 2013 wurde vom Freistaat ein Pilotprojekt für einen zentralen Beteiligungs-Server (TöB-Server) umgesetzt, um Bauleitplanverfahren online abzuwickeln. Das Ergebnis zeigte, dass die durch den TöB-Server ermöglichte standardisierte, digitale Bearbeitung der Bauleitplanverfahren erhebliche Effizienzgewinne und schnellere Bearbeitungszeiten erwarten lässt. Selbst die Abwicklung der Bürgerbeteiligung in der Bauleitplanung könnte mit einem erfolgreich implementierten, zentralen TöB-Server weiterverfolgt werden.

Das vielversprechende Projekt wurde jedoch nach der Pilot-Phase nicht weitergeführt. Hindernisse für eine bayernweite Einführung liegen vor allem auf der kommunalen Ebene. Die Gemeinden müssten ihre Prozesse anpassen, fürchten dadurch allerdings Mehrarbeit. Die bayerischen IHKs haben deshalb eigenständige Prozesse für ihre Arbeit als TöB digitalisiert und nutzen einheitlich eine eigens dafür entwickelte Applikation im IHK-Standortportal Bayern zur Erfassung und Bearbeitung, zum Versand der Stellungnahme per Mail und zur Archivierung ihrer Bauleitplanverfahren. Der Freistaat sollte die Ergebnisse des Pilotprojektes wieder aufgreifen und ein einheitliches Verfahren auf Basis eines TöB-Servers zügig umsetzen.

Forderungen



- *Föderalen Flickenteppich vermeiden*
- *Basiskomponenten ausbauen*
- *Interoperabilität der Verwaltungsportale schnell umsetzen*

Forderungen



- *Meldepflichten standardisieren*
- *Once-only-Prinzip für Meldungen umsetzen*
- *P23R in breite Anwendung bringen*
- *Medienbrüche vermeiden*
- *Bauleitverfahren beschleunigen*
- *Zentralen bayernweiten TöB-Server implementieren*

Verwandte Themen



- *Bürokratie abbauen*
- *Digitalisierung des Mittelstands*
- *IKT-Infrastruktur*

Ansprechpartner:

Franziska Neuberger
Andreas Fritzsche

☎ 089 5116-0
☎ 089 5116-0

@neuberger@muenchen.ihk.de
@fritzsche@muenchen.ihk.de



Weitere Informationen finden Sie im Internet unter
bihk.de/landtagswahl